

# BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL  
BAS**



*FÜR DUISBURG IN BERLIN.*

**MAHMUT  
ÖZDEMİR**



## IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

[www.oezdemir-fuer-duisburg.de](http://www.oezdemir-fuer-duisburg.de)

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION



**Liebe Leserinnen und Leser,**

der Bundestag hat in der vergangenen Sitzungswoche den Haushalt für das Jahr 2016 verabschiedet. Erneut steht der Haushaltsplan für den von der SPD-Fraktion vertretenen Grundsatz: solide Finanzpolitik ist nicht reiner Selbstzweck, sondern soll Freiräume für wichtige politische Entscheidungen schaffen. Wir wollen die Überschüsse des Jahres 2015 gezielt für die bevorstehenden Mehrbelastungen im Jahr 2016 nutzen. Ganz wichtig ist der SPD-Bundestagsfraktion dabei, das Vertrauen im Land zu stärken. Wir müssen den Menschen zu beweisen, dass auch jenseits des Themas Flüchtlinge Politik für sie gemacht wird.

So stellt der Bund zum Beispiel nächstes Jahr 500 Millionen Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau bereit (bis 2019 insgesamt 2 Milliarden Euro). Den regionalen öffentlichen Personennahverkehr stärkt die Koalition durch die Regionalisierungsmittel mit 700 Millionen Euro (insgesamt 8 Milliarden Euro im Jahr 2016). Und die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld werden auf Druck der SPD-Fraktion für die Kinderbetreuung verwendet (2016 insgesamt 390 Millionen Euro). Zudem wird das Investitionspaket in Höhe von 10 Milliarden Euro, das die Koalition vergangenes Jahr beschlossen hat, umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Infrastruktur in Deutschland und der Entlastung von Ländern und Kommunen.

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren die Generaldebatte im Bundestag, das Dialogpapier der Projektgruppe #NeueErfolge sowie die aktuelle Lage in der Transport- und Logistikwirtschaft.

Viel Spaß beim Lesen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



## Inhaltsverzeichnis

<b>HAUSHALT</b> Parlament beschließt Bundeshaushalt 2016	3
<b>GENERALDEBATTE</b> Sozialdemokratische Politik mit Maß und Mitte	5
<b>WIRTSCHAFT</b> Projektgruppe #NeueErfolge in der SPD veröffentlicht Dialogpapier	7
<b>WIRTSCHAFT</b> Veranstaltung Transportbranche: Logistik am Limit	8

## TOP-THEMA

### HAUSHALT

## Parlament beschließt Bundeshaushalt 2016

In dieser Woche hat der Bundestag den Bundeshaushalt 2016 verabschiedet (Drucksachen 18/5500, 18/5501, 18/5502). Es ist ein wichtiger Erfolg, dass die Koalition trotz der deutlichen Belastungen erneut einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen kann. Bereits im Haushaltsvollzug 2014 und im Haushaltsplan 2015 wurde der Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung erreicht.

3

In der so genannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses haben die Koalitionsfraktionen darüber hinaus wieder wichtige zusätzliche Impulse gesetzt, etwa in den Bereichen Integration, Kultur, für das THW, die Bundespolizei und die ländlichen Räume.

Die Einnahmen bzw. Ausgaben für das Jahr 2016 belaufen sich auf 316,9 Milliarden Euro. Das ist etwas mehr als im Entwurf der Bundesregierung (312 Milliarden Euro) vorgesehen war.

Zum Auftakt der Haushaltsdebatten sagte Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: „Der Haushalt bildet die Realität ab.“ Die Koalition sei entschlossen, den Haushalt im nächsten Jahr ohne neue Schulden zu schaffen. Das hänge aber wesentlich von der Entwicklung der Flüchtlingszahlen ab. Bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 hat die Koalition vor wenigen Wochen auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Flüchtlingszahlen reagiert, vor allem durch eine zusätzliche Entlastung der Ländern und Kommunen um insgesamt 2 Milliarden Euro im Jahr 2015.



### **Der Haushalt im Detail**

Mit dem Bundeshaushalt 2016 geht es genau an der Stelle weiter: Circa 7,5 Milliarden Euro werden für Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen bereitgestellt. Allein die Länder und Kommunen erhalten 3,3 Milliarden Euro als Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten. Zusätzlich werden vor allem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesinnenministerium gestärkt für die Ausgaben für Integration, Soziales und die innere Sicherheit. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen erhält das Auswärtige Amt 400 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen.

Neben diesen großen Blöcken war es der SPD in den Beratungen auch wichtig, dass die Hilfe bei jenen ankommt, ohne die eine Bewältigung der logistischen Aufgaben vor Ort oft undenkbar wäre: bei den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfern. Deshalb ist es auch gut, dass beispielsweise das Familienministerium rund 15 Millionen Euro mehr erhält für die allgemeine Flüchtlingsberatung und die Koordinierung der Ehrenamtlichen.

4

Trotz der aktuellen Mehrbelastungen ist es in der Bereinigungssitzung gelungen, zusätzliche Impulse im Haushalt zu setzen, so zum Beispiel:

- Stärkung der Kultur in Deutschland für verschiedene Projekte mit rund 120 Millionen Euro, darunter fällt auch die Unterstützung des Bundes für die Salvator-Kirche.
- Für die Flüchtlingsarbeit setzen wir im Familienministerium verschiedene Hot Spots: 15 Millionen Euro mehr für die Sprachkurse für ausländische Hochschulabsolventen (durchgeführt über die Otto-Benecke-Stiftung), 8 Millionen Euro mehr für die Jugendmigrationsdienste, 8 Millionen Euro mehr für die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge und 6 Millionen Euro mehr für die allgemeine Flüchtlingsberatung.
- Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Programm „Demokratie leben!“ gibt es 10 Millionen Euro zusätzlich (insbesondere gegen Islamismus, Salafismus, Antisemitismus).
- 3 Millionen Euro für das Deutsch-Griechische Jugendwerk.
- Für die Stärkung der digitalen Kompetenz beim Mittelstand (Industrie 4.0) gibt es nächstes Jahr 11 Millionen Euro mehr.





- Für die Entwicklung der ländlichen Räume stellt der Bund 30 Millionen Euro bereit, außerdem erhält die Unfallversicherung der Landwirte einen einmaligen Zuschuss von 78 Millionen Euro.
- Die THW Ortsverbände erhalten für die Selbstbewirtschaftung 24 Millionen Euro in den Jahren 2016-18.
- Die wichtige Arbeit der Auslandsschulen wird mit mehr als 20 Millionen Euro gestärkt.
- Die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 5 Millionen Euro für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Salafismus.

Damit schafft die Koalition einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit politischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen verbindet.

## GENERALDEBATTE

### Sozialdemokratische Politik mit Maß und Mitte

5

Die Flüchtlinge, der Syrien-Konflikt, die Terrorbedrohung durch den IS – die so genannte Generalausprache in dieser Haushaltswoche stand ganz unter dem Eindruck aktueller politischer Entwicklungen.

Insbesondere die Frage, wie Deutschland mit den steigenden Flüchtlingszahlen umgehen soll, stand in den Fokus. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann erklärte in seiner Rede vor dem Bundestag: „Die Debatte über abstrakte Obergrenzen führt nicht dazu, dass ein einziger Flüchtling weniger nach Europa kommt.“

Stattdessen plädierte Oppermann für die Einrichtung von Flüchtlings-Kontingenten innerhalb der Europäischen Union. Es gehe um eine „faire Verteilung“ unter den 28 Mitgliedsländern. Mit einer Kontingent-Lösung könne die EU auch die Kontrolle über ihre Außengrenzen zurückgewinnen.

Wenn die Türkei uns jetzt helfe, die Außengrenzen zu sichern, dann würden viele Flüchtlinge zunächst in der Türkei bleiben. Allerdings bräuchte die Türkei starke Unterstützung. Um ihr Flüchtlinge abzunehmen, seien seiner Meinung nach Kontingente die geeignetste Lösung: „Wir würden die Kontrolle über die Außengrenzen zurückgewinnen und die chaotische Einreise von Flüchtlingen würde in ein geordnetes Verfahren unter Beteiligung des UNHCR überführt“.



Außerdem würde, so Oppermann, die Schleuserkriminalität ausgeschaltet, und auch Frauen und Kinder bekämen die Chance, „als Flüchtling in Europa aufgenommen zu werden.“

Oppermann betonte, dass Deutschland fest an der Seite von Frankreich steht. Er kündigte an: „Präsident Hollande hat nach den Attentaten um Beistand gebeten. Selbstverständlich werden auch wir unseren Beitrag leisten.“

### **Breite Allianz gegen den Terror**

Mit Blick auf den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) sagte Oppermann, das Bündnis müsse „breiter angelegt sein als die Nato. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn auch Russland und Regionalmächte wie Iran und Saudi-Arabien eingebunden werden. Also eine breite Allianz der internationalen Staatengemeinschaft.“

Der Fraktionsvorsitzende zeigte Verständnis für die Menschen, die nach den Anschlägen Angst hätten, mahnte aber zugleich: „Das darf nicht heißen, dass wir jetzt kopflos agieren. Denn genau diese Angst wollen die Terroristen verbreiten. Das dürfen und werden wir nicht zulassen. Wir werden mit Maß und Mitte unsere freiheitliche Gesellschaft verteidigen und die Debatte über innere Sicherheit nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen.“ Er warnte davor, einen Generalverdacht gegen Flüchtlinge aufzustellen. Schließlich flöhen diese ja gerade vor den IS-Schergen.

6

### **Stärkung der Polizei und Sicherheitsdienste**

Mit Blick auf die innere Sicherheit betonte Oppermann den Stellenaufbau (3000 zusätzliche Stellen) bei der Bundespolizei und die personelle und finanzielle Stärkung der Nachrichtendienste. Wichtig war für ihn in dem Zusammenhang auch die avisierte Reform des Bundesnachrichtendienstes, also des deutschen Auslandsgeheimdienstes. Hier bedürfe es klarerer Regeln und besserer Kontrolle. Oppermann sagte: „Was wir in diesen Zeiten neben der Polizei dringend brauchen sind effektive Nachrichtendienste, die sich mit ihren Partnern eng austauschen und so die Fundamentalisten und potentielle Gewalttäter im Blick haben.“

Er warb für stärkere Integrationsbemühungen: „Was nicht passieren darf, ist, dass weitere Parallelgesellschaften entstehen, die zu sozialen Brennpunkten werden. Ein Molenbeek (prekärer Stadtteil von Brüssel - Anm. d. Redaktion) darf es in Deutschland nicht geben – und



wenn es dies im Kleinen schon gibt, dann müssen wir etwas gezielt dagegen unternehmen.“  
Denn gut integrierte Flüchtlinge seien immun gegen Hassprediger und Salafisten.

### **Integration größte Herausforderung des Jahrzehnts**

Für den Fraktionschef ist die Integration die innenpolitische Herausforderung des Jahrzehnts. Oppermann: „Sprache, Kita, Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnung, Werte und Regeln, das ist das ABC der Integration. Und dieses ABC muss jetzt auf allen Stufen durchbuchstabiert werden. Nicht kleckern, sondern klotzen, heißt die Devise.“

Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, lobte in der Debatte die gute Zusammenarbeit mit den Haushaltspolitikern der Union bei den Verhandlungen über den Haushaltsentwurf 2016 und sprach von einer „Kampfwertsteigerung“ gegenüber dem Regierungsentwurf. Mit dem Haushalt 2016 habe die Koalition „Vorkehrungen getroffen“ und solide gearbeitet. Er zeige, es würden keine Gruppen vernachlässigt. Auch den kommenden Entwurf im nächsten Jahr wolle man ohne neue Schulden abschließen.

7

### **PROJEKT ZUKUNFT**

#### **Dialogpapier der Projektgruppe #NeueErfolge**

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Wirtschaft und oft Spitzenreiter des technologischen Fortschritts. Ihr Innovationsengagement muss stärker gefördert werden. Die Projektgruppe #NeueErfolge beleuchtet in einem Dialogpapier die Situation des Mittelstands und stellt erste Ideen für eine bessere Innovationsförderung zur Diskussion.

Wer neue Produkte und Dienstleistungen am Markt etablieren möchte, muss in Innovationen investieren. Das fällt vielen kleinen und mittleren Unternehmen schwer. Fehlendes Personal, eine unzureichende Finanzierung von Innovationsprojekten, eine unübersichtliche Förderlandschaft und teilweise rückläufige Fördermittel für KMU machen ihnen zu schaffen.

Die Projektgruppe #NeueErfolge der SPD-Bundestagsfraktion hat Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems analysiert und mit zahlreichen Expertinnen und Experten Lösungsvorschläge diskutiert.



Doch es bleiben offene Fragen: Wie sollte ein transparentes Fördersystem strukturiert sein? Ist die steuerliche Forschungsförderung geeignet, die Innovationsfähigkeit von KMU zu steigern? Gibt es thematische und strukturelle Förderlücken? Auf diese und andere Fragen sucht die Projektgruppe nun in einem breiten Diskussionsprozess nach neuen Antworten und will dazu mit möglichst vielen Akteuren des Innovationssystems und der Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen. Am Ende des Dialogprozesses sollen die Stellungnahmen und Expertisen in ein Konzept für eine bessere Innovationsförderung für den Mittelstand einfließen.

Das Dialogpapier als PDF:

[http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/dialogpapier\\_neue\\_erfolge\\_fuer\\_den\\_mittelstand.pdf](http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/dialogpapier_neue_erfolge_fuer_den_mittelstand.pdf)

Übersicht über alle Projektgruppen:

<http://www.spdfraktion.de/content/projekt-zukunft-neuegerechtigkeit>

8

## WIRTSCHAFT

### Veranstaltung Transportbranche: Logistik am Limit

Faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sollten auf deutschen Autobahnen selbstverständlich sein. Doch die Realität sieht anders aus. Darüber diskutierte die SPD-Fraktion am 26. November mit Expertinnen und Experten aus der Transport- und Logistikbranche, Verwaltung, aus Zoll und Polizei sowie Gewerkschaften und Verbänden.

Große Teile des deutschen Transportlogistikgewerbes sind akuten Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt. Die ehrlichen Logistik- und Transportunternehmen, die ihre Mitarbeiter fair bezahlen und soziale Standards einhalten, verlieren zunehmend Aufträge. Ihre Existenz ist bedroht. Der grenzüberschreitende LKW-Verkehr in Europa nimmt stetig zu. Waren auf den Autobahnen in Deutschland früher vor allem LKWs aus Italien und Österreich zu sehen, so sind es heute hauptsächlich LKW aus Polen, Tschechien, Rumänien und Bulgarien.

#### **Handlungsbedarf auf allen Ebenen**

„Der Kunde ist König“ hieße es bei den großen Internetversendern, sagte der für Verkehr zuständige SPD-Fraktionsvize Sören Bartol. Die Verbraucherinnen und Verbraucher bekämen die bestellten Waren fast in „Echtzeit“. Doch es müsse hinter die Kulissen geschaut werden,





dort herrschten bei Transport und Logistik oftmals Arbeitsbedingungen, die den Beschäftigten „die Luft zum Atmen“ nehme. Parallel dazu gebe es eine enorme technische Entwicklung durch die Digitalisierung, die die Branche enorm verändern werde, so gehe es in der technischen Entwicklung um den autonomen LKW. Handlungsbedarf bestehe auf allen Ebenen: Europäisch, national bis kommunal, betonte Bartol.

„Der Mindestlohn müsse auch für den Transitverkehr und Kabotage gelten“, machte Anette Kramme, Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium (SPD) deutlich. Als Kabotage bezeichnet man das Erbringen von Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen. Der Mindestlohn sei keine Diskriminierung ausländischer Unternehmen. Durch ihn würden nämlich dann auch ausländische Fahrer fair bezahlt. Denn die müssten heutzutage häufig in den kleinen Fahrerhäuschen „hausen“ und könnten sich noch nicht einmal eine Cola in der Raststätte leisten. Es gebe dazu Verhandlungen auf EU-Ebene. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sei als verlässlicher Partner an Informationen über die Missstände in der Transport- und Logistikbranche interessiert, unterstrich Kramme. Bereits im Vorfeld zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sei man intensiv mit der Branche in Kontakt gewesen.

9

### **Für fairen Wettbewerb auf der Straße sorgen**

Die Transport- und Logistikbranche habe als Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatz eine enorme Relevanz für unsere Volkswirtschaft, sagte Udo Schiefner, Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Bereich Transport und Logistik. „Eine über Preise nicht zu schlagende Konkurrenz trifft auf die deutschen Fuhrunternehmen, die dadurch massiv unter Druck stehen“, so Schiefner. Unternehmen aus anderen Ländern würden Preis-Dumping betreiben. Es müsse das geltende Recht durchgesetzt werden. Dabei ginge es vor allem auch um die Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten, der Einhaltung der Kabotage-Regelungen, die Verlagerung der Disposition und das so genannte Umflaggen der Fahrzeuge.

Vor allem die so genannte Umflagung von Fuhrparkflotten in die EU-Beitrittsländer sei ein großes Problem seit der EU-Erweiterung im Jahr 2004, berichtete Prof. Dr. Karlheinz Schmidt vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik u. Entsorgung. Damit werde europaweit Sozialdumping betrieben. Zudem seien die Fahrzeuge osteuropäischer Fuhrunternehmen oftmals in einem verheerenden Zustand, was nicht nur schlecht für die LKW-Fahrer sei, sondern auch für die Sicherheit auf den Autobahnen und Straßen. Wichtig seien verstärkte



Kontrollen der Arbeitszeiten, doch hier müssten ausländische Unternehmen nur einmal im Jahr einen Einsatzplan für ihre Flotte vorlegen. Ebenso gebe es in der Branche Kriminalität und Korruption. Es gebe ausländische Fahrer mit Arbeitserlaubnis und Fahrerkarten, von denen nicht klar sei, wie die Papiere in die Hände der Fuhrunternehmen gekommen seien.

Einen höchst aufschlussreichen Bericht über die Zustände auf den europäischen Autobahnen liefert Raymond Lausberg, Leiter des Transportkontrolldienstes Autobahnpolizei Battice (Belgien). Westeuropäische Transportunternehmen, die „Briefkastenfirmen“ in den osteuropäischen Ländern gegründet haben, betrieben ebenfalls Sozialdumping. Es werde Sozialversicherungs- und Mehrwertsteuerbetrug begangen, Fahrzeugzulassungen würden gefälscht, Kabotage geschehe illegal, und auch technische Bescheinigungen seien gefälscht. In Bezug auf die Arbeitsbedingungen am Lenkrad sprach Lausberg von Menschenrechtsverletzungen, die sich in den Fahrerinnen und schlechter Bezahlung zeige. Aus Frustration sei Alkoholmissbrauch bei den Fahrern keine Seltenheit.

10

### **Handlungsfelder für die Verkehrspolitik**

Aus den Diskussionen ergeben sich für die SPD-Bundestagsfraktion wichtige Handlungsfelder, die Kirsten Lühmann als Sprecherin der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur zusammenfasste. Dabei sei die Harmonisierung des Rechts in der Europäischen Union als ein langfristiges Ziel zu sehen. Die unterschiedlichen Kontrollbehörden müssten sich besser miteinander austauschen und abstimmen, z. B. auch durch gemeinsame Fortbildungen. Um die Qualifikation der Berufskraftfahrer und die Attraktivität des Berufs auch für junge Menschen zu erhöhen, müssten Modelle zur Bezahlung diskutiert werden. Um dem Mangel an Fachkräften zu begegnen, sei es ein Weg, LKW-Fahrer, die aus Syrien geflüchtet sein, zu qualifizieren.

Insgesamt bräuchten LKW-Fahrer bräuchten mehr Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen, denn heutzutage seien sie häufig neben dem Fahren auch für das Ein- und Entladen der Fahrzeuge zuständig. Und schließlich müsse es darum gehen, die Haftung entlang der Logistikkette besser zu regeln, um Sozialbetrug und Sozialdumping einzudämmen.